



Sozialdemokratische Bürgerzeitung

Standpunkt

des SPD Ortsvereins Eckernförde

1. Mai - Tag der Arbeit

Die Weimarer Nationalversammlung bestimmte am 15. April 1919 mit 159 gegen 85 Stimmen bei 10 Enthaltungen den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag. Für das Gesetz, das allerdings nur auf den 1. Mai 1919 beschränkt war, stimmten SPD, DDP und Teile des Zentrums. Während die bürgerliche Opposition (DNVP, DVP) sowie weite Teile des Zentrums die Einführung des Tages der Arbeit als Feiertag überhaupt ablehnten, ging der USPD das Gesetz nicht weit genug, sie forderte zusätzlich die Einführung des 9. Novembers als Revolutionsfeiertag.

In der deutschen Geschichte des 1. Mai ist der so genannte Blutmai (Berlin 1929) ein bedeutendes Ereignis, welches die Widersprüche zwischen KPD und SPD entscheidend verschärfte. Gesetzlicher

Feiertag wurde der 1. Mai erst wieder ab 1933 durch die Nationalsozialisten. Das Reichsgesetz vom 10. April 1933 benannte ihn als „Feiertag der



nationalen Arbeit“. Einen Tag nach der Einführung des Feiertages stürmten die Nazis die Gewerkschaftshäuser und verboten die Gewerkschaften. Im Jahr 1934 wurde der 1. Mai durch eine Gesetzesnovelle zum „Nationalen Feiertag“ erklärt.

In den sozialistischen Ländern wurde der 1. Mai als „Internationaler Kampfund Feiertag der Werktätigen für Frieden und Sozialismus“ begangen und auf die Traditionen der internationalen Arbeiterbewegung verwiesen. Die Teilnahme an den Demonstrationen, mit dem Vorbeimarsch an der Tribüne mit führenden Parteimitgliedern und anderen Ehrengästen war für Betriebe und Schulen im Allgemeinen eine Pflichtveranstaltung. Symbol des 1. Mai ist die rote Mainelke.

Ottmar Schreiner



Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen und Mitglied im SPD-Parteivorstand

Der diesjährige Tag der Arbeit findet statt in der größten Finanzund Wirt

schaftskrise, die meine Generation je erlebt hat. Wir stehen vor den Trümmern eines entfesselten Kapitalismus, der nicht sozial, sondern immer am Eigennutz einiger weniger orientiert war. Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt nennt dies völlig zu Recht „Raubtierkapitalismus“. Der Shareholder Value, der schnelle Höchstrenditen für Aktionäre statt nachhaltiges Wirtschaften in den Mittelpunkt stellte, wurde ergänzt durch halsbrecherische Finanzmarktprodukte. Aber auch die Politik hat aktiv mitgewirkt: Vor allem durch Deregulierung und Privatisierungen wurde das Spiel derer erleichtert, die die Weltwirtschaft ins Chaos gestürzt haben. Wenn es je eines Beweises bedurft hätte, dass Wirtschaft und Gesellschaft einen starken Staat brauchen, dann wird er in dieser Krise überzeugend erbracht. Nichts darf wieder so werden wie

vorher. Wenn eine Regierung hilft, muss sie dafür Gegenleistungen erhalten. Das gilt für Beschäftigungssicherung, Unternehmensanteile bis zur Verstaatlichung, Beteiligung an künftigen Gewinnen und Einfluss auf unternehmerische Entscheidungen. Die Zeche darf jedenfalls nicht der kleine Mann zahlen. Wir brauchen – wie andere europäische Länder auch – eine wirksame Vermögensteuer, eine erheblich stärkere Besteuerung hoher Einkommen und eine Finanztransaktionssteuer. Und wir brauchen eine gezielte Ausweitung der Mitbestimmung. Sie trägt mit dazu bei, dass sichere Arbeitsplätze und längerfristige Unternehmensstrategien in den Mittelpunkt unternehmerischen Handelns gestellt werden.

Ihr Ottmar Schreiner

Inhaltsverzeichnis

Titelthema

Tag der Arbeit

Seite 1

Inhaltsverzeichnis
Vorwort

Seite 2

Vorstand

Seite 3

Fraktion

Seite 4

Ulrike in Europa

Seite 5

Sönke in Berlin

Seite 6

Frauenwahlrecht
Weltfrauentag

Seite 7

ASF
Jusos
Termine
Impressum

Vorwort



**1. Vorsitzender
Siegfried Schneider**



**Fraktionsvorsitzender
Martin Klimach-Dreger**

Chancen erkennen

Liebe Eckernförderinnen
liebe Eckernförder,

in schwierigen Zeiten nützt es nichts, sich darin zu üben, alles zu bedauern. In schwierigen Zeiten heißt es, sich den Herausforderungen zu stellen, Negatives zu analysieren und Chancen zu erkennen.

Die Chance in einer globalisierten Welt ist Europa. Herunter gebrochen auf unsere kommunale Dimension bedeutet es schlicht und einfach, dass Gemeinden und Ämter gemeinsam, über Gemeindegrenzen hinweg Chancen erkennen und erarbeiten.

Die SPD Eckernförde verfolgt diesen Gedanken schon seit langem. Eckernförde ist nicht denkbar ohne das Umland und das Umland ist ohne Eckernförde nicht denkbar. Nur wenn wir uns als Region begreifen, haben wir genügend wirtschaftliches, soziales und kulturelles Potential.

Nur als Region können wir uns in der Zukunft darstellen, wenn es heißt, um Firmenansiedlungen zu werben. Nur als Region haben wir genügend Wohnraum für Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und ihre Familien und nur als Region verfügen wir über ausreichend gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die Weiterentwicklung der Infrastruktur und die Beibehaltung von Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten werden

zunehmend von der Größe und Bevölkerungszahl von Einzugsbereichen abhängen. Auch die Gewährung von Fördermitteln wird sich eher an regionalen Zusammenhängen orientieren. Schon dies ist Grund genug, sich einer intensiven Zusammenarbeit zuzuwenden. Aber es birgt auch deutlich die Chance, sich mit regionaler Identität zum Beispiel im Wirtschaftssektor Tourismus stärker in Position zu bringen. Der Weg in die Zukunft liegt in dieser Region nicht in der Ansiedelung von Industrie, sondern in der Qualität als Wohn-, Freizeit und Lebensraum. Daraus lassen sich viele neue Arbeitsplätze in unterschiedlichsten Dienstleistungsbereichen und Gewerben entwickeln.

Wir leben in einer schönen Stadt, in einer schönen Region. Das soll so bleiben und gleichzeitig Grundlage unserer Zukunft sein. Dafür arbeiten wir in der SPD Eckernförde.

**Siegfried Schneider
&
Martin Klimach-Dreger**



Der Vorstand

Vorsitzender

Siegfried Schneider

stellvertretende Vorsitzende

Christina Pielke

stellvertretender Vorsitzender

Jonas Kramer

Schriftführerin

Petra Bräutigam

Kassierer

Uwe Fischer

Beisitzerin

Sonja Scheibner- Keitel

Beisitzer

Dirk Heitmann

Beisitzer

Thomas Lemm

Beisitzer

Wolfgang Willemsen



v.l. Dirk Heitmann, Siegfried Schneider, Christina Pielke, Jonas Kramer, Thomas Lemm, Uwe Fischer, Petra Bräutigam
(es fehlen Sonja Scheibner-Keitel und Wolfgang Willemsen)

Jahreshauptversammlung 2009

Am 27.02.09 hat der SPD Ortsverein Eckernförde einen neuen Vorstand gewählt. Vorsitzender ist wie schon in der vorangegangenen Amtszeit Siegfried Schneider. Seine beiden Stellvertreter sind Christina Pielke und Jonas Kramer. Die Nachfolge für den ausgeschiedenen Schriftführer Andreas Kaiser tritt Petra Bräutigam an. Alter und neuer Kassierer ist Uwe Fischer. Beisitzer bleiben auch in dieser Legislatur Dirk Heitmann und Thomas Lemm. Neu hinzugekommen sind Sonja Scheibner-Keitel und Wolfgang Willemsen. Der neue Vorstand freut sich auf die kommende politische Arbeit und hofft, sich in Eckernförde auch weiterhin erfolgreich für die Menschen einsetzen zu können.

Die Zukunft liegt im Überregionalen!

Die SPD Eckernförde hat sich das Ziel gesetzt, künftig wieder vermehrt zusammen mit den benachbarten SPD-Ortsvereinen sozialdemokratische Politik ins Alltagsgeschehen einzubringen. Erste Treffen wie zum Thema ÖPNV haben bereits stattgefunden.

Zudem ist es dem SPD-Ortsverein ein wichtiges Anliegen, weiter Themen überregional zu diskutieren.

Eines ist den Genossinnen und Genossen vor Ort klar: Die Zeit des „im stillen Kämmerlein arbeiten“ muss vorbei sein. Wir wollen den Diskurs mit der Bevölkerung führen. Deshalb ist es unabdingbar, die Menschen in die Willensbildung einzubeziehen. Nur so lassen sich Probleme wieder besser wahrnehmen und gemeinsam Lösungen erarbeiten. Mit Themenabenden wollen wir versuchen, die Distanz zur Politik abzubauen und das Vertrauen in das politische Handeln zu stärken.

Mit dem Hamburger Programm hat die SPD ein modernes, positives Bild der Gesellschaft entworfen. Dieses gilt es nun den Menschen in unserer Stadt zu vermitteln und es umzusetzen. Hierbei sind einige Themen besonders zu nennen:

Die Gleichstellung aller Menschen!

Gerechter Lohn für gute Arbeit!

Gleiche Bildungschancen für alle!

Dafür stehen wir ein, dafür werden wir weiterhin kämpfen!

Ihr
Jonas Kramer

www.spd-eckernfoerde.de



Ist in Städten wie Eckernförde ein Öffentlicher Personennahverkehr notwendig?

Über diese Frage hat bestimmt schon mancher öfters nachgedacht.

In Großstädten ist alles klar, da hat der ÖPNV aufgrund der Einwohnerdichte, der Anziehungskraft der Städte mit ihrer Funktion als Oberzentrum und der Zahl der Einund Auspendler eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Aber brauchen wir so etwas auch in Städten in der Größenordnung von Eckernförde? Die Antwort in ein eindeutiges JA!

Wurde der ÖPNV in der Vergangenheit hauptsächlich als Verkehrsmittel angesehen für diejenigen, die sich kein Auto leisten konnten (Arme, Alte und Auszubildende), sprechen in der Tat viele andere Gründe für einen hochwertigen und anspruchsvollen ÖPNV. Der motorisierte Individualverkehr (MIV) führt im Vergleich zum ÖPNV zu viel höheren Schadstoffund Lärmemissionen, hat einen wesentlich höheren Flächenverbrauch, belastet die Innenstädte zunehmend, was zu einem Verlust der Attraktivität und der Aufenthaltsqualität führt. Eine weitere Zunahme des Autoverkehrs wird den kommunalen Haushalt zusätzlich belasten und die Lebensqualität in der Stadt verringern. Eckernförde muss

aufgrund der prognostizierten Verkehrsentwicklung ein besonderes Interesse daran haben, einen wachsenden Anteil des Innerortsverkehrs auf den ÖPNV zu verlagern. Um deutlich mehr Autofahrerinnen und Autofahrer zum Umsteigen auf den ÖPNV zu bewegen, muss dieser gestärkt werden, damit die Mobilität aller Einwohnergruppen, die Erreichbarkeit der Wohnquartiere, der Arbeitsplätze sowie der kulturellen und sozialen Einrichtungen, der Einkaufszentren sowie der Erholungsgebiete sichergestellt wird. Es ist unerlässlich, den ÖPNV aus



Umweltschutzsicht und auch aus sozialen und ökonomischen Gründen kontinuierlich weiter zu entwickeln.

Wir haben in Eckernförde den Vorteil, dass wir über einen historisch gewachsenen Stadtverkehr verfügen, der was die Marktausschöpfung (Fahrten pro Einwohner/Jahr) betrifft mit modernen Stadtbussystemen wie in Bad Wildungen, Arnstadt und Radolfzell nicht nur mithalten kann, sondern teilweise bessere Werte erbringt. Eckernförde verfügt somit über eine hervorragende Ausgangsposition für die Stärkung und Weiterentwicklung des ÖPNV. Wir werden dafür eintreten, dass zusammen mit den Umlandgemeinden von Eckernförde verbesserte Verknüpfungen der verschiedenen Verkehrsträger und Linien durch abgestimmte Fahrpläne sowie eine Verbesserung der Infrastruktur (z.B. Bike & Ride-Plätze, Servicestationen für Fahrräder, neue Haltepunkte, bedarfsgerechte Linienführungen) entwickelt werden.

Nur wenn der ÖPNV eine attraktive Alternative zum Autoverkehr darstellt, werden potenzielle Kunden auf Bus und Bahn umsteigen, was dazu beitragen wird, dass sich die mit dem Autoverkehr verbundenen Nachteile für Eckernförde verringern werden.

Jens Otto Vollbeh

Potentiale nutzen

SPD Eckernförde mit Blick nach vorne.

Gute Erreichbarkeit und die gleichzeitige Schaffung von Verkehrsflächen mit hoher Aufenthaltsund Verbindungsqualität ist das ambitionierte programmatische Ziel der SPD Eckernförde. Wurden vor gut einem Jahr die SPD-Vorstellungen von Verkehrsberuhigungen im Stadtge-

biet und die Einrichtung von Shared Spaces mit Unverständnis aufgenommen, so haben diese Gedanken nunmehr wie selbstverständlich Eingang auch in die Überlegungen von Bauamt und anderen Parteien gefunden.

Den Startschuss hierzu gaben wir mit unserer Veranstaltung „Borby im Blick“ im Lindenhof, erinnert sich der SPD Fraktionsvorsitzende. Unsere daraus resultierenden Prüfanträge zur Attraktivitätssteigerung wurden von der CDU damals noch als verfrüht eingestuft, aber dennoch beschlossen. Umso erstaunlicher sind die „völlig neuen“ Anträge der CDU zur Attraktivitätssteigerung am Jungmannufer. Jedoch ist die aus den CDU Anträgen abzuleitende Betrachtung nur ein kleiner Bereich eines notwendigen Konzeptes. Die Beruhigung des Jungmannufers als isolierte Maßnahme ist zu kurz gedacht. Da hilft auch eine nette kleine Zeichnung nichts.

In der Konzeption der SPD Eckernförde gehört das Jungmannufer in den direkten Zusammenhang mit Vogelsang, Prinzenstraße, Bergstraße und Norderstraße.

Wir werden, so die Spitzen von SPD-Ortsverein und Fraktion, in Kürze wieder eine öffentliche Veranstaltung „Borby im Blick“ durchführen, um die Weiterentwicklung des Konzeptes zu diskutieren.

Ein ebenso großes Potential gilt es zu nutzen bei der Neuentwicklung der Quartiere zwischen Kieler Straße Süd und der Bahn sowie zwischen Kieler Straße Süd und Exer.

Wir werden die Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes intensiv beraten müssen. Und auch hier spielt die intelligente Nutzung von Verkehrsflächen die entscheidende Rolle.

Siegfried Schneider



Für Europa: stark und sozial!



Ulrike Rodust
Mitglied des Europäischen Parlaments

Für mich bedeutet Europa das unglaubliche Glück, auf über sechzig Jahre Frieden zurückblicken zu können. Deshalb engagiere ich mich mit Begeisterung für die europäische Idee von friedlichem Zusammenleben und sozialer Gerechtigkeit: seit dem vergangenen Jahr als Mitglied des Europäischen Parlaments, zuvor als Vertreterin Schleswig-Holsteins im Ausschuss der Regionen und als Vorsitzende des Europaausschusses des schleswig-holsteinischen Landtags.

Für uns in Schleswig-Holstein bedeutet Europa eine Vielzahl von konkreten Vorteilen: Schleswig-Holstein erhält in den nächsten Jahren circa 474 Millionen Euro aus den Europäischen Strukturfonds und mit rund 100 Millionen Euro unterstützt die EU in der Förderperiode 2007 - 2013 die Arbeitsmarktpolitik des Landes.



21 Aktivregionen werden bei uns aus EU-Mitteln gefördert, um den ländlichen Raum zu stärken. Europa stößt vor Ort aber trotzdem nicht immer auf Interesse: 69 Prozent der Deutschen wissen nicht, dass in diesem Jahr das Europäische Parlament gewählt wird, und 24 Prozent sind sich bereits sicher, dass sie nicht an der Europawahl teilnehmen werden. Einer Europaabgeordneten können diese Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage der Bertelsmann Stiftung nicht gefallen – erst recht nicht nur wenige Monate vor dem Wahltermin am 7. Juni.

Interessant ist aber, dass gleichzeitig viele der Befragten mehr Mitspracherechte in der Europäischen Union fordern: Drei von vier Bürgern, so zeigte sich in der Umfrage, befürworten etwa europaweite Volksbegehren. Wie passt das zu der inzwischen schon traditionell niedrigen Beteiligung an Europawahlen? Vielleicht hält nicht nur europapolitisches Desinteresse viele Menschen vom Gang in die Wahllokale ab, sondern auch das Gefühl, durch Nichtwahl „denen in Brüssel“ einen Denkkzettel verpassen zu können. Gerade um die Stimmen dieser Bürger sollten die demokratischen Parteien in den kommenden Monaten kämpfen. Denn: Die Europawahl ist kein Referendum für oder gegen Europa. Am 7. Juni wird darüber entschieden, welches Europa wir wollen!

Die Europäische Union ist mehr und mehr in eine soziale Schiefelage geraten. Besorgniserregend ist etwa die jüngste Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs. Hatte der in früheren Jahren durch seine Auslegung des Binnenmarktrechts sozialpolitische Fortschritte für Arbeitnehmer und Verbraucher gebracht, werden heute vermehrt Urteile gefällt, die das Wettbewerbsrecht über nationales Arbeitsrecht und die Rechte der Gewerkschaften stellen. Dass dieses Europa bei vielen Bürgern nicht gut ankommt, ist nur verständlich. Trotzdem muss jedem Nichtwähler klar sein: Jede nicht abgegebene Stimme stärkt gerade diejenigen Kräfte in Europa, die das Wettbewerbsrecht über Arbeitnehmerrechte stellen. Es besteht mehr denn je ein gewaltiger

Nachbesserungsbedarf! Von europäischer Politik erwarten die Menschen heute vor allem Wohlstand und soziale Sicherheit. Und gerade diese Versprechen wurden nur zum Teil erfüllt. In ganz Europa gibt es einen Mangel an Arbeitsplätzen und an sozialer Sicherheit. Die Menschen haben Angst und sie verlieren das Vertrauen. Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes, Angst vor Lohndumping, vor der Nivellierung sozialer Standards, vor steigenden Preisen und ganz aktuell vor der Finanzmarktkrise.



Ulrike Rodust mit Franz Müntefering und Ralf Stegner

Als Sozialdemokratin sehe ich in der Arbeit an einem sozialen Europa das große Integrationsprojekt der kommenden Jahre. An dieser Arbeit will ich mich beteiligen und mit meiner Erfahrung als Kommunalpolitikerin und langjährige Landtagsabgeordnete die Interessen der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner im Europäischen Parlament vertreten.

Wir brauchen faire, gerechte Zustände und klare Regeln für die Märkte; wir müssen solide ökologische Standards und hohe Qualitätsmaßstäbe bei Produkten auch gegen die Interessen einflussreicher Lobbyisten verteidigen. Und dazu müssen wir möglichst viele Menschen motivieren, zur Wahl zu gehen – denn jede nicht abgegebene Stimme stärkt diejenigen Kräfte in Europa, die das Wettbewerbsrecht über nationales Arbeits- und Verbraucherrecht stellen. Das soziale Europa braucht andere Mehrheiten – auch im Europäischen Parlament. Und über diese Mehrheiten wird am 7. Juni 2009 entschieden.

Ihre
Ulrike Rodust

www.ulrike-rodust.de

Die SPD denkt und handelt, die Union zaudert und blockiert

Wer mit wem und wenn, warum? Diese Fragen bestimmen aktuell die Schlagzeilen. Unisono beklagen die Medien das „Gezänk“ zwischen den Koalitionspartnern. Der Sinkflug der Union in den Umfragewerten ist Thema, genauso wie die albernern Versuche des FDP-Vorsitzenden, wegen aktuell günstiger Umfragewerte für seine Partei eine vorgezogene Bundestagswahl herbeizureden. Das alles mag sehr unterhaltsam sein. Aber was hat das mit den aktuellen politischen und wirtschaftlichen Problemen zu tun, die wir lösen müssen? Nichts, meine ich. Und trotzdem werden wir bis zur Bundestagswahl die täglichen Wasserstandsmeldungen von Infas, infratest dimap, RTL, Stern und anderen sehen müssen, Sympathievergleichswerte, die sich wöchentlich ändern.

Dabei gibt es genug politischen Stoff, bei dem sich auch die Unterschiede zwischen den Parteien aufzeigen lassen. Ja, das ist auch schon Wahlkampf. Zur Bundestagswahl im September tritt nicht die Große Koalition mit ihren notwendigen, aber mal mehr, mal weniger sinnigen Kompromissen gegen den Rest der Welt an. Am Wahltag stehen sich vor allem die beiden großen Parteien SPD und CDU/CSU gegenüber und natürlich ist es gerade in Zeiten einer Großen Koalition notwendig, den Wählerinnen und Wählern rechtzeitig deutlich zu machen, welche unterschiedlichen Rezepte zur Lösung der Probleme die Parteien anzubieten haben.

Dafür gibt es viele Beispiele. Zwar haben



Sönke Rix
Mitglied des Bundestages

sich SPD und Union gerade gemeinsam auf wichtige Reformen verständigt. Vor allem im Bereich der Finanzmarktregulierung und der Begrenzung von Managergehältern sind bedeutsame (wenn auch aus Sicht der SPD nicht ausreichende) Vorhaben vereinbart worden, die in erster Linie auf ein umfassendes Konzept von SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier und Finanzminister Peer Steinbrück zurückzuführen sind. Allerdings blockiert die Union nach wie vor viele wichtige Maßnahmen.

Eine davon brennt außerhalb der CDU-Bundestagsfraktion eigentlich allen auf den Nägeln – die Neuordnung der ARGEn und Jobcenter. Bundesarbeitsminister Olaf Scholz hat mit den Ministerpräsidenten Beck und Rüttgers ein Konzept vereinbart, das von

den Ländern unterstützt wird. Es sieht vor, das Grundgesetz so zu ändern, dass Bund und Länder bzw. die nach Landesrecht zuständigen Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende zusammenwirken können. In Zukunft sollten diese Einrichtungen dann als „Zentren für Arbeit und Grundsicherung“ (ZAG) fortbestehen. Leider blockiert die Führung der Unionsfraktion bis heute weiter eine Lösung, ohne zu sagen, was sie eigentlich will. Die CDU-Ministerpräsidenten sagen dazu: Die CDU-Bundestagsfraktion habe eine vernünftige Lösung torpediert und 16 Ministerpräsidenten bloßgestellt. Nun steuern die Jobcenter in eine Krise. Recht haben sie!

Dass das in einer Zeit passiert, in der die konjunkturelle Krise sich inzwischen auch auf den Arbeitsmarkt auswirkt, ist ein geradezu unglaublicher Vorgang. Im März nahm die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vormonat um 34.000 auf 3,586 Mio. Menschen zu. Im Vergleich zum Vorjahresmonat liegt der Anstieg der Arbeitslosigkeit bei 78.000. Zwar liegt die Zahl der Erwerbstätigen mit 39,815 Mio. noch um 36.000 über dem Vorjahreswert, im Vergleich zum Vormonat ist die Zahl aber um 35.000 gesunken. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten lag im Januar um 250.000 über dem Vormonat und beträgt 27,334 Mio. Die Daten des Arbeitsmarktes zeigen: Aktive Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik ist gefragter denn je. Wer zu einem solchen Zeitpunkt die ARGEn und Jobcenter schwächt und Spielchen treibt, gehört eigentlich auf die Oppositionsbank. Und eine Bundeskanzlerin, die nicht die Kraft hat, so ein Treiben zu beenden, ist auch eine Fehlbesetzung. Allein dieses Beispiel aus der aktuellen politischen Diskussion zeigt: Die SPD denkt und handelt, die Union zaudert und blockiert. Eine inhaltliche Diskussion darüber finde ich allemal spannender als den täglichen Blick in den Kaffeesatz.

Ihr
Sönke Rix

www.soenke-rix.de



Zur Geschichte des Frauenwahlrechts

Die französische Schriftstellerin Olympe de Gouges hat 1791 während der französischen Revolution erstmals öffentlich ein Wahlrecht für Frauen verlangt.

In Deutschland war es Frauen bis 1908 verboten, an politischen Veranstaltungen teilzunehmen oder politischen Vereinen beitreten. Am 15. Mai 1908 fiel mit der Aufhebung des Preußischen Vereinsrechts auch das Verbot der Mitgliedschaft für Frauen in politischen Parteien und in Organisationen. Erst am 12. November 1918 erhielten dann die Frauen das aktive und passive Wahlrecht. Am 30. November 1918 wurde es endgültig im Gesetz verankert.

Die Wahl zur verfassungsgebenden Weimarer Nationalversammlung vom 19. Januar 1919 war die erste Wahl, an

der Frauen ab 20 Jahren aktiv und passiv teilnehmen konnten.

Die Wahlbeteiligung war mit fast 90 Prozent so hoch wie nie wieder. Bei den Frauen war sie sogar um 1,7 Prozentpunkten höher als bei den Männern.

Von den 421 Abgeordneten der Nationalversammlung waren 41 Frauen (9,6 Prozent). Am 19.2.1919 hielt die erste Frau, Marie Juchacz, eine Rede in einem deutschen Parlament.

Heute muss vor allem bei den jüngeren Frauen und Mädchen für eine aktivere Einmischung in Politik und für eine stärkere Wahlbeteiligung geworben werden. Bei den jüngeren Frauen war in den letzten Jahren eine schwindende Wahl-

beteiligung zu beobachten. Die Beteiligungsquote der 18 bis 24-jährigen Frauen lag bei der letzten Bürgerschaftswahl in Hamburg bei 37,9 Prozent gegenüber 61,9 Prozent bei den 35 bis 44-Jährigen. Während viele der älteren Frauen sich noch moralisch verpflichtet fühlen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, entscheiden jüngere spontan über ihre Teilnahme an einer Wahl.

Jüngere Frauen sind sich häufig gar nicht der Tatsache bewusst, dass das Frauenwahlrecht keine Selbstverständlichkeit ist. In einigen europäischen Ländern wurde es erst nach dem 2. Weltkrieg, in der Schweiz 1971, in Lichtenstein 1984 und im schweizer Kanton Appenzell-Innerrhoden erst 1990 erkämpft.

8. März - Weltfrauentag

Vor 94 Jahren beschloss die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz in Kopenhagen auf Antrag der deutschen Sozialistin Klara Zetkin die Einführung des Internationalen Frauentages. 1911 fand weltweit der erste Frauentag statt. 1921 wurde der 8. März als fester Termin festgelegt. Einerseits im Gedenken an Textilarbeiterinnen in New York, die am 8. März 1857 gegen ihre harten Arbeitsbedingungen gestreikt hatten, in der Fabrik eingesperrt worden waren und dort bei einem Feuer verbrannten; andererseits in Erinnerung an einen Arbeiterinnenstreik vom 8. März 1917 in Petersburg, der große Frauendemonstrationen in Russland auslöste. Die Themen wandelten sich der Tag ist geblieben.



Etwa 100 Besucher kamen am 8. März 2009 zur Informationsveranstaltung anlässlich des Weltfrauentages in das Eckernförder Rathaus. Dazu geladen hatten die Arbeitsgemeinschaft



sozialdemokratischer Frauen (AsF), die Frauenberatungsstelle !Via und die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt, Johanna Elteste. Elf Parteien und Institutionen hatten ihre Stände aufgebaut, um über ihre Arbeit zu informieren und Kontakte zu knüpfen.

Die Europaabgeordnete Ulrike Rodust erklärte in ihrer Rede, dass die Parität in politischen und gesellschaftlichen Ämtern auch heute noch nicht geschafft sei. Das sei in keinem Land der europäischen Union erreicht. Der bereits seit 50 Jahren rechtlich verankerte, scheinbar so logische und leicht umsetzbare Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ sei auch heute noch vielfach graue Theorie. Gut ausgebildete Frauen würden auch heute noch gut 27 Prozent weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen.

„Das ist ein Skandal!“

Zur Politik der SPD gegen die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen

gehören gesetzliche Mindestlöhne, ein flächendeckendes Angebot von Kindertagesstätten und eine gerechtere Besteuerung.

Der Rückblick auf das Jahr 2008 wurde von der Hamburger Kabarettistin Helga Siebert vorgenommen.



Von Barack Obama, der „Second Lady“ Hillary Clinton, der „Bundes-Mutti“ Angela Merkel bis zu den von ihr als

„kunstsonnenverbrannten Hutzelmännchen“

beschriebenen Berlusconi und „Sarkotzy“ verteilte Helga Siebert gut getroffene Seitenhiebe. Auch die alltäglichen Unzulänglichkeiten und geschlechterübergreifende Unvollkommenheiten wurden aufs Korn genommen.

Anke Götttsch

Die AG sozialdemokratischer Frauen

Die AsF ist die Frauenorganisation der SPD. Auch der Ortsverein der SPD Eckernförde verfügt seit vielen Jahren über solch eine Arbeitsgemeinschaft, die sich für die Gleichstellung von Frauen und Männern in Partei und Gesellschaft einsetzt.

Die Interessen und Forderungen der Frauen in der politischen Willensbildung der Partei zur Geltung zu bringen und die politische Mitarbeit der Frauen der Partei so zu verstärken, dass die politische Willensbildung der Partei gleichermaßen von Männern und Frauen getragen wird, ist u.a. Aufgabe der AsF Eckernförde. Eine angestrebte Änderung des politischen Bewusstseins wird parteiintern durch den Quotenbeschluss bzw. nach außen durch beispielhaft genannte Themenbereiche des Wahlprogramms der SPD Eckernförde, wie z. B. Gleichstellung von Männern und Frauen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und verlässliche Betreuungszeiten für Kinder und Jugendliche sichtbar.

Gleichstellungspolitische Themen wer-

den außer im SPD-OV Eckernförde von derzeit zwei gewählten AsF-Frauen auch auf Landes- und Bundesebene auf den AsFKonferenzen der SPD bewegt.

Der AsF Eckernförde gehören automatisch alle weiblichen Mitglieder des SPD-Ortsvereins an. Mitarbeiten in der Arbeitsgemeinschaft können jedoch alle politisch interessierten Frauen aus Eckernförde.

Die Vorsitzende der AsF Eckernförde ist Barbara van Stipriaan. Die AsF-Sitzungen erfolgen themenbezogen und finden bei Bedarf statt. Außerdem präsentiert sich die AsF öffentlich stets am Internationalen Frauentag (08.03.), sowie mit jährlich zwei organisierten Kleiderbörsen zugunsten der Lebenshilfe in der Bürgerbegegnungsstätte. Die nächste Kleiderbörse findet am 17.10.2009 statt.

Interessierte Frauen sind jederzeit - auch bei diesen öffentlichen Veranstaltungen - herzlich Willkommen.

Edda Daniel

Termine

07.06.2009

Europawahl 2009 in Deutschland

27.09.2009

Bundestagswahl in Deutschland

15.07.2009 - 21.07.2009

IUSY-Summercamp in Ungarn

17.10.2009

Kleiderbörse der ASF Eckernförde



Jungsozialistinnen und Jungsozialisten

Neuer Vorstand der Jusos Eckernförde

Wir Jusos Eckernförde haben auf unserer Jahreshauptversammlung im Februar einen neuen Vorstand gewählt. Der neue Vorsitzende ist Torben Küßner, seine Stellvertreterinnen und Stellvertreter sind Charmaine Anandaraj, Jonas Kramer und Jannik Nüchter.

Es wird ein aktives Jahr für uns werden, wir haben schon viele Ideen für politische Aktionen. Die Menschen in der Stadt werden merken, dass es die Jusos in Eckernförde gibt.

Den Beginn macht ein Filmabend im Haus der Jugend zum Thema Menschenrechte. Die Achtung der Menschenrechte ist ein sehr wichtiges Thema, da diese bei weitem nicht überall ausreichend respektiert werden. Weiteres folgt, zum einen im Rahmen der Wahlkämpfe, aber auch außerhalb dieser, was den Menschen besonders die Inhalte näher bringen soll, die bisher

noch nicht in den Köpfen verankert sind. Auch der sportliche Wettstreit wird wieder im Rahmen des Staffelmaraathons des Eckernförder MTV im Juni ausgetragen. Dann, im Juli, fährt eine Delegation motivierter Jusos nach Ungarn, um dort am Festival der weltweiten Organisation IUSY (International Union of Socialist Youth), in der auch die Jusos Mitglied sind, teilzunehmen.

Wer mehr über uns Jusos erfahren oder gerne mitmachen möchte, hat die Möglichkeit, das Juso-Büro (in der SPD-Geschäftsstelle, Reeperbahn 71) zu besuchen. Es ist jeden Donnerstag in der Zeit von 16 Uhr bis 18 Uhr besetzt. Zwei Jusos stehen in dieser Zeit Interessierten Rede und Antwort.

Euer Torben Küßner

www.jusos-eck.de

Impressum

Herausgeber

Spd Eckernförde
Reeperbahn 71
24340 Eckernförde
04351 / 712 770
info@spd-eckernfoerde.de
www.spd-eckernfoerde.de

Druck

Förde Druck-GmbH Eckernförde

Redaktion

Christina Pielke
Thomas Lemm
Jonas Kramer (viSdP)

Auflage

12.000 Exemplare

Verteilung

in Eckernförde